Sacharow-Preis 2013 an Malala Yousafzai

Sat Votion and Isopix Action and Isopix Action Press



Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments hat entschieden, den Sacharow-Preis dieses Jahr an Malala Yousafzai zu verleihen, die für das Recht von Frauen auf Schulbildung und Freiheit im Swat-Tal in Pakistan kämpft. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Joseph Daul, kommentierte die Entscheidung wie folgt: "Wir haben heute entschieden, die Welt wissen zu lassen, dass unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft bei jungen

Menschen wie Malala Yousafzai liegt. Für die meisten von uns ist Bildung der Schlüssel, um sich das Universum zu eröffnen. Während wir dies für selbstverständlich halten, hat sie sich für deren Verteidigung eine Kugel eingefangen.

Malala verkörpert den Kampf für die Schulbildung von Mädchen in Gegenden, wo der Respekt Frauen gegenüber und deren Grundrechte völlig ignoriert werden. Sie ist eine Ikone des Mutes für alle Teenager, die es wagen, ihre Ziele anzustreben, und, wie eine Kerze, erhellt sie einen Weg aus der Dunkelheit. I

### EVP-Fraktion für Yousafzai

Die EVP-Fraktion ist die mit Abstand größte Fraktion im Europäischen Parlament. Die EVP-Fraktion nominierte das pakistanische Schullmädchen Malala Yousafzai für den Sacharow-Preis 2013, der außergewöhnliche Menschen ehrt, die Intoleranz. Fanatismus

und Unterdrückung bekämpfen. Malala Yousafzai erreichte erstmals 2009 mit ihrem anonymen Blog über das Leben unter den Taliban öffentliche Aufmerksamkeit.

Drei Jahre später, im Oktober 2012, wurde sie von einem Taliban-Amokschütze wegen ihres Kampfs für die Schulbildung von Mädchen in den Kopf geschossen. Sie überlebte und musste sich einer Reihe komplizierter Operationen unterziehen.

In Pakistan war sie bereits recht bekannt, aber diese schockierende Tat machte sie international berühmt.

Malala wird angerechnet, das Problem der Bildung von Frauen in die weltweite Aufmerksamkeit gerückt zu haben. Weltweit hat ein Viertel der jungen Frauen die Grundschule nicht beendet, was nur dazu führt, den Teufelskreis der Armut weltweit aufrechtzuerhalten.

© 2013 EPP Group

### Besuchergruppe in Straßburg



Besuchergruppe der Gemeinde Aglasterhausen

### Neue Flugzeitenregelung für Piloten

Das EU-Parlament hat diese Woche beschlossen, dass Piloten von Passagierflugzeugen zukünftig neuen Flugzeitbeschränkungen unterliegen sollen. Vorgesehen ist eine Beschränkung der flugzeit auf 11 Stunden und darüber hinaus Beschränkungen der Flugzeit über einen Zeitraum von 12 Monaten. Außerdem wurden weitere Ruhezeiten vorgesehen, um Ermüdungen nach langen Flügen und dem Wechsel zwischen Zeitzonen auszugleichen. Auch hier waren der Abstimmung langwierige Diskussionen vorausgegangen. Während die Fluggesellschaften die Flugzeitänderung naturgemäß aus Kostengründen zu



verhindern suchte, wollte die Vereinigung der Piloten eine weitaus strengere Regelung erreichen. Dem vorausgegangen waren zahlreiche Gutachhen, von denen sich fünf für eine maximale Flugzeit von 10 Stunden ausgesprochen hatten. Das Parlament kann den Gesetzestext im sogenannten Komitologieverfahren lediglich zustimmen oder sein Veto einlegen.

# **NEWS AUS EUROPA**

## **Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP**

### Strenge EU-Standards für Tabakprodukte



Nach langen und zähen Verhandlungen hat das Europäische Parlament über die sogenannte Tabakproduktrichtlinie II abgestimmt. Es ist bereits der zweite Vorschlag, der von der Europäischen Kommission in kurzer Zeit vorgelegt wurde. Der erste Vorschlag scheiterte am sogenannten Dalligate, bei welchem Gesundheitsminister John Dalli vorgeworfen wurde, dass er die Tabakindustrie gegen Bezahlung mit einem industriefreundlichen Vorschlag unterstützen wolle. John Dalli wurde zum Rücktritt gezwungen, obwohl es Zweifel an diesen Beschuldigungen gab. Das Verfahren wurde neu gestartet.

"Wir bewegen uns hier auf einem höchst problematischen politischen Feld", so der praktizierende Arzt und Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer, "wenn man bedenkt, dass allein 161 Lobbyisten für einen amerikanischen Zigarettenhersteller in Brüssel unterwegs waren, kann man sich vorstellen, wie wichtig dieses Dossier für die Industrie war. Des Weiteren bewegen wir uns mit diesem Dossier in der politisch äußerst wichtigen Zone zwischen Bevormundung durch die Europäische Union und dem allgemeinen Gesundheitsschutz. Wie viel Bevormundung wollen wir?" Es wurde hauptsächlich über die Aufmachung von Zigarettenpackungen und über die Inhaltsstoffe von Zigaretten abgestimmt. In Zukunft sollen strengere Regeln für Tabakzusatzstoffe gelten, hier soll eine Positivliste erarbeitet werden, die eben jene Zusatzstoffe aufführt, die dem Tabak zugesetzt werden dürfen.

Der Tabak ist von Natur aus eher bitter, darum setzt die Industrie gefährliche Chemikalien und Aromastoffe zu, die den Tabakrauch angenehm machen.

Im Mittelpunkt des Dossiers stand der Schutz von Jugendlichen, um diese davor zu bewahren, überhaupt erst mit dem Rauchen anzufangen. Ohne Aromastoffe fällt der Einstieg schwerer, mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren soll daher auch die Mentholzigarette verboten werden. Ulmer: "Wir reden hier von einem Produkt, das, wenn man es nach Gebrauchsbestimmung benutzt, jährlich ca. 700.000 Menschenleben alleine in Europa fordert. Nach heutigem Wissen und heutigen Maßstäben würde das Produkt Zigarette keine Zulassung mehr für den Markt bekommen.

Ein weiteres Instrument, um Jugendliche vom Einstieg abzuhalten, sollen die Schockbilder sein, die nun 65% der Verpackung bedecken müssen.

Auch über das problematische Thema E-Zigarette wurde in diesem Zuge abgestimmt. Diese kann nun auch weiterhin außerhalb von Apotheken erstanden werden. Ulmer: "Wir können nicht ein Produkt, das weniger schädlich ist als eine normale Zigarette, in die Apotheke verbannen und Zigaretten überall zugänglich machen. Die E-Zigarette kann Rauchern dazu dienen, von der Zigarette loszukommen und dennoch ihre Nikotinsucht zu befriedigen. Jedoch muss die E-Zigarette kontrolliert werden und kontrollierbaren Abgaberegeln unterliegen, denn in einigen Mitgliedsländern gilt diese als Einstieg für Jugendliche zur Nikotinsucht. Das wollen wir nicht. Wir haben den Spagat geschafft zwischen überbordender politischer Bestimmungen und Gesundheitsschutz. An vielen Stellen hätte das Dossier strenger sein können, jedoch ist es uns auch gelungen, gegen unnötig strenge Regeln vorzugehen.

### Europäische Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Europäische Parlament hat die viel diskutierte Neuregulierung der Europäischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit knapper Mehrheit verabschiedet.

Trotz verschiedener Warnungen seitens der EVPz welcher auch CDU und CSU zählen, war es nicht gelungen, das Verfahren zu vereinfachen: Eine Mehrheit von Grünen und Sozialisten sind dafür verantwortlich, dass ein bürokratisches Ungetüm geschäffen wurde, das für Unternehmen zukünftig mehr

Kosten und Rechtsunsicherheit bedeuten wird.

Dr. Thomas Ulmer MdEP äußerte sein Unverständnis über das Abstimmverhalten von Grünen und Sozialisten, zu denen auch die deutsche SPD zählt: "Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen muss man das Unternehmertum stützen und keine weiteren Hürden erichten, die am Ende Arbeitsplätze kosten. Dies ist kein gutes Signal für die europäische Wirtschaft und außerdem ein Anti-Investitionsprogramm."

### Erfolgreiche deutsche Modelle für Europa



"Die Berufsanerkennungsrichtlinie ist ein großer Schrift si für den europäischen Arbeitsmarkt und für die Bewegungsfreiheit für europäische Arbeitnehmer", freute sich Dr. Thomas Ulmer MdEP über das Ergebnis der Abstimmung

an diesem Mittwoch in Straßburg.

Die neuen EU-weiten Anerkennungen von Berufsqualifikationen ermöglichen einen einfachen Eintritt in die Arbeitswelt anderer europäischer Staaten. Exemplarisch hierfür ist der Ausbildungsberuf zum Krankenpfleger. "Es ist uns gelungen, dass das erfolgreiche deutsche Modell der dualen Ausbildung gleichberechtigt mit einem Fachhochschulabschluss anerkannt wird", erklärt Ulmer. So gibt es künftig zwei Wege, um den Beruf des Krankenpflegers europaweit ausüben zu können: Eine 12-jährige allgemeine Schulbildung plus akademische Ausbildung oder eine mindestens 10-jährige allgemeine Schulbildung plus einer berufsfachschulischen Ausbildung. "Im ursprünglichen Vorschlag war dieser Doppelweg nicht vorgesehen. Wir konnten unsere europäischen Kollegen jedoch von der hohen Qualität des deutschen dualen Ausbildungssystems überzeugen. Der Mensch fängt nicht mit dem Abitur an. Unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftemangels gerade auch im Pflegebereich, war es wichtig, diesen zweiten Weg zu erhalten. In meiner Praxis als Arzt habe ich häufig mit erfahrenen und hochqualifizierten Krankenpflegern zu tun, die aufgrund ihrer fundierten theoretischen und praktischen Ausbildung hervorragende Arbeit leisten. Wir haben das richtige Maß zwischen Mobilität und Sicherheit gefunden.

Ein weiterer Punkt, der Dr. Ulmer als praktizierender Arzt besonders am Herzen liegt, ist, dass ein so genannter Vorwarnmechanismus für Ärzte eingeführt wurde. "Es ist richtig und wichtig, dass alle Mitgliedstaaten informiert werden, sollte einem Arzt aus irgendeinem Grund die Approbation entzogen werden, so Ulmer.

#### Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Belträge und Fotos sind urbererchlitien jesechlützt. Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 02621 839991 Telefax 06261 839099 Redaktion und Cestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454 Powered by: www.busse-anhigragn.com

Bildinachweis: Titelbild: © Matthias Busse; Foto Sacharow-Preis: © European Union und Action Press; Foto Besuchergruppe: © H. Nahrgang; Foto Ulmer: © Matthias Busse; Foto Zigaretten: European Union 2013 EP, Foto Krankenhaus: © European Union 2010 PE - EP; E-Mail: Info@thomasulmer.eu / Internet: www.thomasulmer.eu